Niederschrift

über die **2.** Sitzung des **Hauptausschusses** am Dienstag, den **02.03.2010** um 16.00 Uhr im Sitzungssaal des Hauses **Burgstraße 8.**

Anwesend:	Dr. J. Korsten D. Busch R. Schäfer R. Schulte C. Viebach Dr. J. Weber T. Klee H. Nahrgang D. Stark A. Pizzato B. Rüggeberg K. Haselhoff E. Hoffmann Dr. A. Michalides	Vorsitzender
es fehlt:	T. Ronsdorf	
Von der Verwaltung:	M. Faubel G. Fenske J. Gottlieb J. Manderla R. Meskendahl R. Schmidt V. Uellenberg R. Voß C. Grimlowski	Schriftführer

Tagesordnung (geändert) (Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 1. Sitzung des Hauptausschusses vom 17.11.2009 (öffentlicher Teil)
- 1 a) Beginn von Ausschusssitzungen
Antrag der CDU-Fraktion vom 17.02.2010
2. Haushalt 2010; Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2013
 - a) Haushaltsbegleitantrag der FDP-Fraktion vom 16.02.2010
Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion zu 2 c) vom 01.03.2010
Antrag der SPD-Fraktion zu 2 b) vom 28.02.2010
 - b) Stellenplan
 - c) Haushaltssatzung

3. Straßenreinigung
4. Durchführung der Abfallentsorgung
5. Einführung der getrennten Abwassergebühr
6. Erwerb von Aktien der OVAG
7. Genehmigung von Ermächtigungsübertragungen für Investitions-Auszahlungen gem. § 22 GemHVO
8. Mitteilungen und Fragen

(Nichtöffentlicher Teil)

9. Niederschrift über die 1. Sitzung des Hauptausschusses vom 17.11.2009 (nichtöffentlicher Teil)
10. Zukünftige gesellschaftsrechtliche Struktur der Stadtwerke Radevormwald GmbH
11. Mitteilungen und Fragen

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlußfähigkeit fest.

Er erklärt, dass sich die Tagesordnung entgegen der Einladung aufgrund der nach Erstellung der Einladung eingegangenen Anträge wie oben angegeben geändert hat. Außerdem verweist er auf die Tischvorlage der Kämmerei mit aktualisiertem Zahlenmaterial zu TOP 2 c).

1. Niederschrift über die 1. Sitzung des Hauptausschusses vom 17.11.2009 (öffentlicher Teil)

Der Hauptausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

Herr Dr. Michalides bittet darum, die Niederschrift der 1. Sitzung zu TOP 6, Absatz 7 wie folgt zu ändern: „Herr Dr. Michalides ist bereit, die Erhöhung der Abfallgebühren mitzutragen, sofern eine ordnungsgemäße Müllentsorgung gewährleistet ist. Er bittet die Verwaltung, den Verbleib des Abfalls zu prüfen.“

Die Verwaltung weist an dieser Stelle darauf hin, dass Fehler in der Anwesenheitsliste zur 1. Sitzung des Hauptausschusses enthalten sind. Nicht Herr Thomas Lorenz hat an der Sitzung teilgenommen, sondern Herr Christian Viebach. Für die Verwaltung war nicht Frau Schmidt, sondern Herr Uellenberg anwesend.

Außerdem hat die Sitzung nicht wie angegeben um 18 Uhr, sondern um 16 Uhr begonnen.

1 a) **Beginn von Ausschusssitzungen** **Antrag der CDU-Fraktion vom 17.02.2010**

Herr Viebach erläutert den Antrag. Er führt an, dass durch die Verlegung der Ausschusssitzungen um eine Stunde vielfach Probleme mit Arbeitgebern der Ausschussmitglieder vermieden werden können.

Herr Dr. Michalides stimmt dem zu und beantragt, die Ausschusssitzungen erst um 18 Uhr beginnen zu lassen. Auch die Sitzungen des Rates der Stadt sollen zukünftig um 18 Uhr beginnen.

Zunächst wird über den weitergehenden Antrag von Herrn Dr. Michalides abgestimmt.

Beschlussentwurf:

Der Hauptausschuss beschließt, dass Sitzungen des Rates und der Ausschüsse der Stadt Radevormwald ab dem 1. April 2010 um 18 Uhr beginnen, falls nicht zuvor Ortstermine oder ähnliches stattfinden

Abstimmungsergebnis:	1 Ja-Stimme	(AL)
	11 Nein-Stimmen	(4 CDU, 2 SPD, 2 FDP, 2 UWG, 1 Bürgermeister)
	2 Enthaltungen	(1 CDU, 1 SPD)

Sodann wird über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Beschlussentwurf:

Der Hauptausschuss beschließt, die Anfangszeit von Ausschusssitzungen ab dem 1. April 2010 auf 17.00 Uhr festzulegen, falls nicht zuvor Ortstermine oder ähnliches stattfinden.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

2. Haushalt 2010; Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2013

a) Haushaltsbegleit Antrag der FDP-Fraktion vom 16.02.2010

Herr Rüggeberg geht auf die einzelnen Punkte des Antrags ein.

- DSK-Honorarkosten

Hierzu nimmt Frau Gottlieb Stellung. Bei der Entwicklungsmaßnahme Nordstadt III handelt es sich wahrscheinlich bislang mit einem Investitionsvolumen von etwa 9,8 Mio. € (dem stehen Einnahmen von 3,5 Mio. € sowie Zuwendungen von Bund und Land von 4,4 Mio. € gegenüber/Eigenanteil 1,9 Mio. €) um die größte Fördermaßnahme der Stadt Radevormwald.

1991 wurde mit der Planung, 1992 /1993 mit den ersten Baumaßnahmen begonnen. Der Endausbau sämtlicher Erschließungsanlagen und des Grünraumes in den Bebauungsplanbereichen Nr. 76, Nr. 77, Nr. 78 und Nr. 79 wurde im Jahre 2007 abgeschlossen. Auch die Realisierung der Hochbaumaßnahmen wurde, mit Ausnahme der beiden Teilbereiche (Wolzenburg und Meskendahl), ebenfalls im Jahr 2007 fertig gestellt.

Drau Gottlieb führt aus, dass aufgrund diverser noch laufender bzw. nicht abgeschlossener Klageverfahren (Enteignungs- und Ausgleichsbeitragsverfahren) konnte die Schlussabrechnung und der Gesamtverwendungsnachweis für die Entwicklungsmaßnahme bisher noch nicht erstellt werden.

Daher werden für die Entwicklungsmaßnahme Nordstadt III auch im Haushaltsjahr 2010 Haushaltsmittel in Höhe von voraussichtlich 36.000 € benötigt.

Im August 2006 konnte die Satzung der Stadt Radevormwald über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs Nordstadt III (Entwicklungssatzung) nur teilweise aufgehoben werden, da in einem Teilbereich zwischen der Wiesenstraße und der Bachstraße Verfahren noch nicht abgeschlossen sind. Es läuft derzeit noch ein Enteignungsverfahren.

Die Bezirksregierung Köln hat in diesem Fall dem Enteignungsantrag der Stadt stattgegeben. In der ersten Instanz hat das Landgericht Köln die Klage des Betroffenen gegen die Enteignung zurückgewiesen. Derzeit läuft das Berufungsverfahren vor dem Oberlandesgericht Hamm. Ein Verhandlungstermin wurde noch nicht festgesetzt. Sobald das Enteignungsverfahren rechtskräftig abgeschlossen ist, kann die Satzung auch für diesen Teilbereich aufgehoben werden. Nach Aufhebung der Satzung sind auch in diesem Bereich Ausgleichsbeträge zu erheben. Die Ermittlung der Höhe des Ausgleichsbetrages hat nach den Vorschriften des BauGB durch einen selbständigen und unabhängigen Gutachterausschuss zu erfolgen.

Frau Gottlieb erläutert, dass darüber hinaus derzeit noch sieben Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht Köln gegen die bereits festgesetzten Ausgleichsbeträge im Bereich der aufgehobenen Entwicklungssatzung laufen. Die erste Verhandlung zu diesen Verfahren wurde im Dezember 2009 verschoben und ist nun für März 2010 terminiert.

Nach Abschluss aller Verfahren (Enteignung, Festsetzung der Ausgleichsbeträge) muss ein aufwendiger Schlussverwendungsnachweis erstellt werden. Die gesamte Kostenabwicklung ist auf der Basis des Treuhändervertrages zwischen der Stadt Radevormwald und der DSK vom 22.09.1992 Aufgabe der DSK; sie ist von der Verwaltung bei einer Maßnahme dieser Größenordnung über einen Zeitraum vom etwa 18 Jahren auch nicht zu leisten.

Frau Gottlieb erklärt, dass davon auszugehen ist, dass sich die Entwicklungsmaßnahme auch noch auf das Jahr 2011 erstreckt.

Aufgrund der zuvor aufgelisteten Erläuterungen fallen in den kommenden Jahren weiterhin Kosten an:

Diese Kosten lassen sich lt. Frau Gottlieb leider nicht exakt beziffern und können nur geschätzt werden, da nicht abzusehen ist, wie die Gerichte in den jeweiligen Verfahren entscheiden werden.

- **Schließdienste WC-Anlagen und Gartenhaus**

Herr Rüggeberg ist der Meinung, dass die entspr. Schließdienste, die bislang von einem externen Unternehmen geleistet werden, von der Verwaltung übernommen werden könnten. Er verweist auf den Hausmeisterpool; nach seiner Meinung könnten die entspr. Dienste von Mitarbeitern aus diesem Pool übernommen werden.

Frau Gottlieb erläutert, dass die gen. Kostenstelle auch Kleinstsummen eines anderen Bereiches beinhaltet, außerdem ist dort auch der Schließdienst des Rathauses enthalten. Sie weist darauf hin, dass sich bspw. bei einem täglichen 2-maligen Schließdienst (an 365 Tagen im Jahr inkl. Wochenenden und Feiertagen) ein Betrag von 6,40 € ergibt. Aufgrund der Tatsache, dass bei den Hausmeistern, Platz- und Hallenwarten Feier- und Urlaubstage, Überstundenabbau und andere Ausfallzeiten berücksichtigt werden müssen, kann ein täglicher Schließdienst, wie er für die öffentliche Toilette und das Gartenhaus erforderlich ist, aus Sicht der Verwaltung nicht sichergestellt werden. Zudem wäre die Durchführung mit eigenem

Personal, insbesondere unter Berücksichtigung von tariflichen Überstunden- und Feiertagsregelungen, kostspieliger.

Auf den Einwurf von Herrn Rüggeberg, dass auch einmal ein Angebot der Ökumenischen Initiative zu prüfen sei, entgegnet Frau Gottlieb, dass diese Organisation bei einer entspr. Anfrage hinsichtlich des Schließdienstes am Bolzplatz Dietrich-Bonhoeffer-Straße kein kostengünstiges Angebot abgegeben habe.

Der Bürgermeister schlägt vor, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses eine Vergleichsrechnung zwischen der bisherigen Regelung und der Durchführung der Schließdienste in Eigenregie vorlegt.

Herr Rüggeberg stellt folgenden Antrag:

Der Hauptausschuss beschließt, dass die Schließdienste zukünftig durch die Stadt Radevormwald in Eigenregie durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:	3 Ja-Stimmen	(2 FDP, 1 UWG)
	8 Nein-Stimmen	(3 CDU, 3 SPD, 1 AL, 1 Bürgermeister)
	3 Enthaltungen	(2 CDU, 1 UWG)

Herr Schäfer merkt an, dass er auch andere Möglichkeiten für die Erledigung dieser Aufgabe sieht, nicht nur die Verwaltung oder professionelle Schließdienste.

- **Verkauf von städtischen Gebäuden**

Herr Rüggeberg bittet um eine aktualisierte Liste der erfolgten bzw. möglichen Verkäufe; die Verwaltung soll diese bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses vorlegen.

- **Fortsetzung des Projektes „Shared Services“**

Herr Rüggeberg führt aus, dass das Projekt abgeschlossen sei und er einen entspr. Bericht vermisste.

Er fordert die Verwaltung auf, einerseits einen Bericht über das Projekt vorzulegen und andererseits das Projekt in Bereichen fortzuführen, die bisher nicht eingebunden waren.

Herr Dr. Korsten berichtet über den Stand des Projektes. Er zeigt auf, dass der Nordkreis des Oberbergischen Kreises in diesem Bereich landesweit führend ist und der Innenminister des Landes die Vorreiterrolle der betreffenden Städte gelobt habe.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Modellprojekt inzwischen beendet und ein Abschlussbericht dem Rat der Stadt bereits vorgetragen worden sei. Er geht auf den Stand der Umsetzung in den Bereichen Gebäudewirtschaft und Forderungsmanagement ein und erklärt, dass man zielgerichtet auf dem richtigen Weg sei.

Der Bürgermeister unterstreicht, dass „Shared Services“ ein wichtiger Ansatz zur Rationalisierung, jedoch kein Allheilmittel sei.

Eine Nachfrage von Herrn Viebach beantwortet der Bürgermeister dahingehend, dass das Thema „Gebäudewirtschaft“ in der Hauptausschusssitzung im Mai abschließend behandelt werden könne wenn der Entwurf einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung durch die Kommunalaufsicht genehmigt sei.

Herr Viebach stellt die Frage, ob in Wipperfürth weiterhin ernsthaftes Interesse an dem Projekt besteht.

Herr Dr. Korsten bestätigt, dass in Wipperfürth derzeit kritische Nachfragen gestellt werden, will jedoch keinerlei Spekulationen äußern.

Herr Rüggeberg ist der Meinung, dass durch „Shared Services“ mittel- bis langfristig Personalkosten gesenkt werden sollten und wirft dem Bürgermeister vor, dass der Rat bisher keine ausreichenden Informationen zu dem Projekt erhalten habe. Er fordert erneut, dass auch andere Bereiche im Rathaus untersucht werden sollen.

Der Bürgermeister weist den Vorwurf hinsichtlich der fehlenden Informationen zurück und verweist auf den im Rat vorgetragenen Abschlussbericht. Er erklärt, dass durch „Shared Services“ sicherlich auch Kosteneinsparungen im Personalbereich angestrebt sind, rechnerische Ergebnisse in Gutachten aber nicht zwingend vollständig umsetzbar sind.

Am Beispiel des Forderungsmanagements erläutert Herr Dr. Korsten, dass dort kaum Einsparungen bei den Personalkosten erzielt werden können, durch die Einführung soll die Materie aber professioneller angegangen werden.

- Personalentwicklungspläne in vorg. Zusammenhang

Herr Rüggeberg vermisst Abhandlungen seitens der Verwaltung über die Personalentwicklung in den nächsten 3 Jahren.

Der Bürgermeister erläutert, dass in Radevormwald der Ansatz verfolgt wird, die Personalkosten konstant zu halten.

Herr Rüggeberg erklärt, dass nach seiner Meinung die Personalkosten der größte beeinflussbare Posten im Haushalt sei.

- Liste über städt. Verträge

Herr Rüggeberg erwartet von der Verwaltung detaillierte Aufstellung über bei der Stadt Radevormwald bestehende Verträge jeglicher Art.

Die Verwaltung sagt eine Vorlage dieser Aufstellung zur nächsten Hauptausschusssitzung zu.

- Nutzungsentgelte für das Bürgerhaus

Herr Rüggeberg führt aus, dass er davon erfahren habe, dass verschiedenste Veranstaltungen von Auswärtigen im Bürgerhaus wegen der günstigen Nutzungsentgelte stattfinden.

Der Bürgermeister bestätigt dies und erklärt, dass tatsächlich zu prüfen ist, ob das Bürgerhaus zukünftig weiterhin für private Zwecke vermietet werden kann, da selbst bei Verdoppelung der Nutzungsentgelte keine Kostendeckung gegeben sein dürfte.

Die entspr. Zahlen sollen bei der nächsten Sitzung des Hauptausschusses vorgelegt werden.

Haushaltsbegleit Antrag der AL-Fraktion zu 2 c) vom 01.03.2010

Herr Dr. Michalides erläutert den Antrag.

Frau Butz erklärt, dass der Vertrag zwischen der Stadt und aktiv55 plus nicht ausläuft; es handelt sich um einen Vertrag, der sich ohne Kündigung einer der Vertragspartner automatisch verlängert.

Sie führt aus, dass kein Anspruch auf einen Bericht von aktiv55 plus bestehe, denn der Verein bekommt kein Geld von der Stadt, sondern erhält vom Oberbergischen Kreis Mittel zur Durchführung der Pflegeberatung.

Herr Meskendahl geht auf den Eigenkapitalverzehr von ca. 9 Mio. € ein und verdeutlicht, dass die Schlüsselzuweisungen die erheblichen Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer nicht auffangen können.

Er führt an, dass der Eigenkapitalverzehr aufgrund von Grundstücksverkäufen minimiert werden konnte.

Herr Meskendahl berichtet über Gespräche mit der Kommunalaufsicht und darüber, dass die eine oder andere Mittelfreigabe erreicht werden kann, aber keine Chance auf ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept besteht.

Herr Stark bemängelt die nach seiner Meinung sehr zurückhaltenden Vorschläge der Verwaltung zu strukturellen Veränderungen.

Herr Meskendahl erwidert, dass bereits in der Vergangenheit Anstrengungen auf Einsparungen vorgenommen wurden und verweist darauf, dass weitere Änderungen Abbau von Standards bedeuten. Er erklärt, dass man sich nach der Verabschiedung des Haushalts weitere Gedanken zu Einsparungen machen müsse und sichert zu, zukünftig weitere Vorschläge in dieser Hinsicht zu unterbreiten. Herr Dr. Korsten unterstreicht dies mit dem Hinweis darauf, dass diese Vorschläge ggf. schmerzhaft sein können.

Beschlussentwurf:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Haushaltssatzung für das Jahr 2010 und das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2010 – 2013 auf der Basis des Haushaltsentwurfes 2010 – 2013 einschließlich der Änderungen des Ergebnis- und Finanzplans (Stand: 17.02.2010) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	13 Ja-Stimmen	(5 CDU, 3 SPD, 2 FDP, 2 UWG, 1 Bürgermeister)
	1 Enthaltung	(AL,)

Der Bürgermeister richtet einen Appell an die Anwesenden, die Haushaltsreden in der kommenden Ratssitzung auf 5 Minuten zu begrenzen in der Hoffnung, die Tagesordnung dieser Sitzung an einem Tag abhandeln zu können.

3. Straßenreinigung

Herr Viebach sieht Einsparungspotenziale bei Kündigung und Neuausschreibung des bestehenden Vertrages.

Beschlussentwurf:

Der Hauptausschuss beschließt, die Verwaltung mit der Kündigung des bestehenden Vertrages zur Straßenreinigung in der Stadt Radevormwald und der nachfolgenden Neuausschreibung der betreffenden Leistungen zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	-------------------

Situation in Radevormwald lässt sich aber gut nachweisen und sich somit als Grundlage zur Berechnung heranziehen.

Auf die Frage von Herrn Dr. Michalides nach der Entlastung der Unternehmen bei Anwendung des neuen Maßstabs wird diese von der Verwaltung mit ca. 10 % beziffert.

Seine Frage bezüglich Stundungsmöglichkeiten von etwaigen Nachzahlungen beantworten die Verwaltungsvertreter dahingehend, dass in solchen Fällen das übliche Verfahren für Stundungen Anwendung finden wird.

Herr Schäfer fragt nach, welche Berechnung bei der Rückzahlung durch die Stadtwerke zu Grunde gelegt werden wird. Herr Meskendahl gibt an, dass die Neuberechnung Grundlage für die Rückzahlungen sein wird.

Der Bürgermeister erklärt, dass die entspr. geänderte Gebührensatzung in der nächsten Sitzung des Stadtrates vorgelegt wird.

6. Erwerb von Aktien der OVAG

Herr Dr. Korsten erläutert den Sachverhalt und führt die Vor- und Nachteile des Aktienerwerbs an.

Von Vorteil ist die Tatsache, dass bei der Vergabe von Leistungen im Schülerverkehr keine Ausschreibungspflicht bestehen würde, da die OVAG ein Unternehmen der Stadt sei (so gen. „Inhouse“-Geschäft). Demgegenüber steht die Zahlung eines Betrages von 48.000 €, wobei die Zahlung einer Rendite kaum zu erwarten ist.

Herr Schäfer deutet die Zustimmung der CDU-Fraktion zu dem vorliegenden Antrag an.

Herr Dr. Michalides fragt an, ob der Aktienerwerb zu einem Sitz in der Hauptversammlung berechtigt. Dies bestätigt Herr Dr. Korsten, weist aber darauf hin, dass die Stadt Radevormwald aufgrund des geringen Anteils keinesfalls im Aufsichtsrat vertreten sein wird.

Herr Rüggeberg merkt an, dass dieses Thema bereits vor 10 Jahren diskutiert worden sei, weist auf die Tatsache hin, dass die Schülerfahrtkosten eine hohe Belastung des Haushalts darstellen, und ist der Meinung, dass die Leistung über eine Ausschreibung auf den Prüfstand gebracht werden soll. Von einem Erwerb der Aktien ist er nicht überzeugt.

Herr Haselhoff erklärt, dass die UWG-Fraktion im Hinblick auf die desolate Haushaltslage dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen wird. Dem schließt sich Herr Klee für die SPD-Fraktion an.

Herr Schäfer weist auf die Vorteile eines Aktienerwerbs an der OVAG und auf die Gefahren einer Ausschreibung des Schülerverkehrs hin.

Die Frage von Herrn Dr. Michalides an Herrn Schäfer, welche Vorteile er sieht, beantwortet dieser dahingehend, dass Synergieeffekte entstehen und die Stadt als Mitglied einer Solidargemeinschaft Mitspracherecht bei der Gestaltung von Fahrpreisen im ÖPNV habe.

Herr Dr. Korsten entgegnet, dass die Tarife beim Verkehrsverbund entschieden werden, nicht jedoch bei der OVAG.

Beschlussentwurf:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den Erwerb von 1 % des Aktienkapitals der OVAG im Rahmen einer Kapitalerhöhung zum Preis von 48.000 € (vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen	(5 CDU, 1 AL)
7 Nein-Stimmen	(3 SPD, 2 FDP, 2 UWG)
1 Enthaltung	(Bürgermeister)

7. Genehmigung von Ermächtigungsübertragungen für Investitions-Auszahlungen gem. § 22 GemHVO

Herr Meskendahl trägt den Sachverhalt vor.

Beschlussentwurf:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Ermächtigungsübertragungen für Investitions-Auszahlungen gem. § 22 GemHVO in Höhe von 1.466.665,-- € zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

8. Mitteilungen und Fragen

Herr Dr. Korsten berichtet über seine Gespräche hinsichtlich der Ansiedlung einer kardiologischen Praxis in Radevormwald und trägt den Inhalt des Antwortschreibens vor.

Herr Schäfer ist der Meinung, dass man sich zwecks Erhöhung der fachärztlichen Versorgung um die Eröffnung von entspr. Praxen durch die Krankenhäuser bemühen sollte.
Herr Dr. Korsten entgegnet, dass dies in einigen Bereichen durch das Johanniter-Krankenhaus bereits geschehen ist.